

# VerschwörungsPraktiker

Maunskript zum Film  
von Werner May

Am 21.3.2016 erschien ein ganzseitiger Artikel im Nordkurier mit dem Titel: „Leben in einem Staat der für ihn nicht existiert.“ Darin wird krampfhaft versucht mich als verworrenen Reichsbürger und Verschwörungstheoretiker hinzustellen, denn am gleichen Tage sollte eine Verhandlung vor dem Amtsgericht in Pasewalk stattfinden. Der Vorwurf dem ich mich dort stellen sollte: Verstoß gegen das Personalausweisgesetz.

Hier die gekürzte Fassung der Vorgeschichte. Aus verschiedenen Gründen weigerte ich mich 2006 einen Personalausweis zu beantragen in dem als Staatsangehörigkeit DEUTSCH steht. Warum ich nicht zum Personal dieser unbekanntes Einrichtung gehören will habe ich in meinen Filmen „Der Ausweis“ und „Das Personalausweisgesetz ist ungültig“ bei youtube ausführlich erläutert. Deswegen gehe ich hier nicht mehr darauf ein.

Wegen meiner Weigerung erhielt ich ein Bußgeld aufgebremst, welches ich nicht bezahlte. Da das Amt Uecker-Randow-Tal irgendwann nicht mehr weiter argumentieren wollte oder konnte, wurde die Sache von ihr an die Staatsanwaltschaft abgegeben. Was die damit zu tun hat weiß ich nicht. Offensichtlich wusste man das dort auch nicht, denn ich habe nie etwas von der Staatsanwaltschaft gehört oder gelesen.

Und dann kam, nach mehreren Monaten und aus heiterem Himmel, die Ladung zu einer Hauptverhandlung vom Amtsgericht Pasewalk. Oh ja, dachte ich mir, da kann ich endlich mal mit einem Richter über das ungültige Personalausweisgesetz diskutieren und er kann schriftlich und mit seiner Unterschrift be- und verurteilen, dass das Gesetz und der Ausweis ungültig sind.

Die Ladung zur Hauptverhandlung war von einer Maschine erstellt und sollte ohne Unterschrift gültig sein, was natürlich Quatsch ist. Die Ladung war demnach formfehlerhaft und damit

MONTAG, 21. MÄRZ 2016, SEITE 15

## Pasewalker Zeitung

Pasewalk, Strasburg, Löcknitz und die Region

### Leben in einem Staat, der für ihn nicht existiert

Von Denny Kleindienst

Werner May erkennt die Bundesrepublik Deutschland nicht an - obwohl er mittendrin lebt. Er stellte bereits Strafanzeigen gegen Kanzlerin Angela Merkel und Landrätin Barbara Syrbe. Am heutigen Montag muss sich Werner May vor dem Pasewalker Amtsgericht verantworten, weil er seit zehn Jahren keinen gültigen Pass mehr besitzt - denn auch das Passwesen erkennt er nicht an. Was treibt einen Menschen dazu, gegen Windmühlen zu kämpfen? Der Nordkurier hat Werner May im Vorfeld besucht. Versuch einer Annäherung.



FAHRENWALDE. Unterhält man sich eine Stunde lang mit Werner May, glüht einem danach der Kopf. May ist überzeugt davon, dass es die Bundesrepublik Deutschland als Staat nicht gibt. Um dies zu begründen, argumentiert er mit geschichtlichen Entwicklungen, nennt diverse Urteile des Bundesverfassungsgerichts, zitiert aus

Werner Mays Haus strahlt Geborgenheit aus. Hunde, Katzen, Ambiente - alles wirkt einladend. Und doch fällt es schwer, sich Werner May anzunähern. FOTO: DENNY KLEINDIENST

Sehr geehrter Herr May,  
zur Hauptverhandlung über Ihren Einspruch werden Sie geladen auf  
**Montag, den 21.03.2016, 11:30 Uhr, Grünstraße 61, Sitzungssaal III / 1. OG (Altbau).**  
**Sie sind zum Erscheinen in der Hauptverhandlung verpflichtet.**

Bringen Sie diese **Ladung** zum Termin bitte mit! **Dies war die Ladung zum ersten Termin!**

Mit freundlichen Grüßen  
Auf Anordnung  
Krüger  
Justizangestellte

**Ohne Unterschrift ist diese Ladung formfehlerhaft und nichtig!**

**Dieses Schreiben wurde elektronisch erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.**

ungültig. Aber ich bin ihr trotzdem gefolgt, obwohl die Rechtslage nicht der Gesetzeslage entspricht (Über diesen Satz muss man gründlich nachdenken).

Einige Tage vor der Verhandlung hatte sich Redakteur Kleindienst vom Nordkurier gemeldet, ob er mich zu dem Prozess interviewen dürfe. Da ich nichts zu verbergen habe, habe ich dem zugestimmt. Rechtzeitig zur Einstimmung zur Verhandlung erschien dann am Montag, dem Tag der Verhandlung, der oben genannte Zeitungsartikel. Zwei Zitate daraus: „Manche seiner Aussagen hört man in ähnlicher Weise auch von Verschwörungstheoretikern...“ und „Wenn er ein amtliches Schreiben erhält, das von einer Amtsmitarbeiterin unterzeichnet ist, unterstellt er ihr Amtsanmaßung. Für ihn ist das ganz logisch. Für jemand anderen klingt das ziemlich verworren.“

Ich greife mal das Wort Verschwörungstheoretiker heraus und erfülle es mit Leben.

Am Tag einer Gerichtsverhandlung, also am Montag Morgen, erscheint ein ganzseitiger Zeitungsartikel über den Angeklagten, der dem Richter und der breiten Öffentlichkeit als ein verworrener Verschwörungstheoretiker und Reichsbürger dargestellt wird.

Die Gerichtsverhandlung ist für 11:30 Uhr angesetzt. Vor dem Gericht sind etwa 30 Menschen versammelt, die der öffentlichen Verhandlung gerne beiwohnen würden. Immerhin geht es um die Frage ob der Personalausweis der Bundesrepublik Deutschland gültig oder ungültig ist. Leider bleibt die Tür des Gerichts für sie verschlossen. Auf dem Terminplan des Amtsgerichts steht: „Aufgehoben“. Als Beklagter erkundigte ich mich höflich, wieso ich nicht darüber informiert worden sei, dass meine Verhandlung nicht stattfindet. Die knappe Auskunft des unhöflichen Justizmannes hinter der Glasscheibe lautete: „Das weiß ich nicht. Sie werden schriftlich darüber informiert.“

11:00 Uhr	Betroffener: Andreas Rohrbach  Wahverteidiger: Rechtsanwalt Hartmut Lennich  öffentliche Hauptverhandlung	553 Js 22357/15 OWI 310 OWI 71/15	Fleckenstein, RIAG
Zeuge: 11:00 Uhr PHM Frank Sternbeck			
11:30 Uhr	Betroffener: Werner May  öffentliche Hauptverhandlung	721 Js 5077/15 310 OWI 3/15	Fleckenstein, RIAG
Zeugin: 11:30 Uhr Weißgerber			
13:00 Uhr	Betroffener: Rüdiger Riske  öffentliche Hauptverhandlung	553 Js 22343/15 OWI 310 OWI 70/15	Fleckenstein, RIAG
Zeuge: 13:00 Uhr PM Daniel Räther			
13:30 Uhr	Betroffener: Ingo Gryss  öffentliche Hauptverhandlung	513 Js 13775/15 OWI 310 OWI 69/15	Fleckenstein, RIAG

Aha. Damit man mir nicht nachsagen könne ich sei nicht erschienen ließ ich mir bestätigen, dass ich pünktlich anwesend war.

Am nächsten Tag, also am Dienstag, erhielt ich dann ein Schreiben des Amtsgerichts, in dem mir mitgeteilt wurde, dass ich am Montag, also gestern, nicht erscheinen müsse, da der zuständige Richter erkrankt sei. In der Tat muss ich verworren sein um das zu verstehen.

Am gleichen Tag, also am Dienstag erfährt die Öffentlichkeit unter der Überschrift: „*Kein Personalausweis und auch kein Gerichtsverfahren.*“ von dem Redakteur Kleindienst:

Sehen wir uns diesen kurzen Artikel näher an. Demnach ist das Verfahren wegen Krankheit des Richters verschoben worden. Der erkrankte Richter heißt Fleckenstein und Herr Fleckenstein hatte mehrere Verhandlungstermine an diesem Tag. Herr Fleckenstein hatte einen Termin um 11 Uhr der nicht aufgehoben wurde. (siehe obiges Foto). Offensichtlich war er zu diesem Zeitpunkt noch kerngesund. Meine Verhandlung war für 11:30 Uhr angesetzt und die wurde wegen seiner Krankheit aufgehoben. Um 13 Uhr und um 13.30

Uhr war Richter Fleckenstein wieder gesund, denn die beiden Termine waren auch nicht aufgehoben.

Offensichtlich handelt es sich hier um eine dicke Lüge die durch die Presse verbreitet wurde. Den Begriff Lügenpresse will ich hier nicht verwenden, denn vielleicht wusste es der Redakteur ja wirklich nicht besser. Oder wusste er doch von dem Betrug, den man selbstverständlich gegen einen verworrenen Verschwörungstheoretiker und mutmaßlichen Reichsbürger begehen kann? Egal. Auffallend jedoch ist, dass der Redakteur Kleindienst Namen der Besucher kennt, die zu dieser Verhandlung gekommen waren.

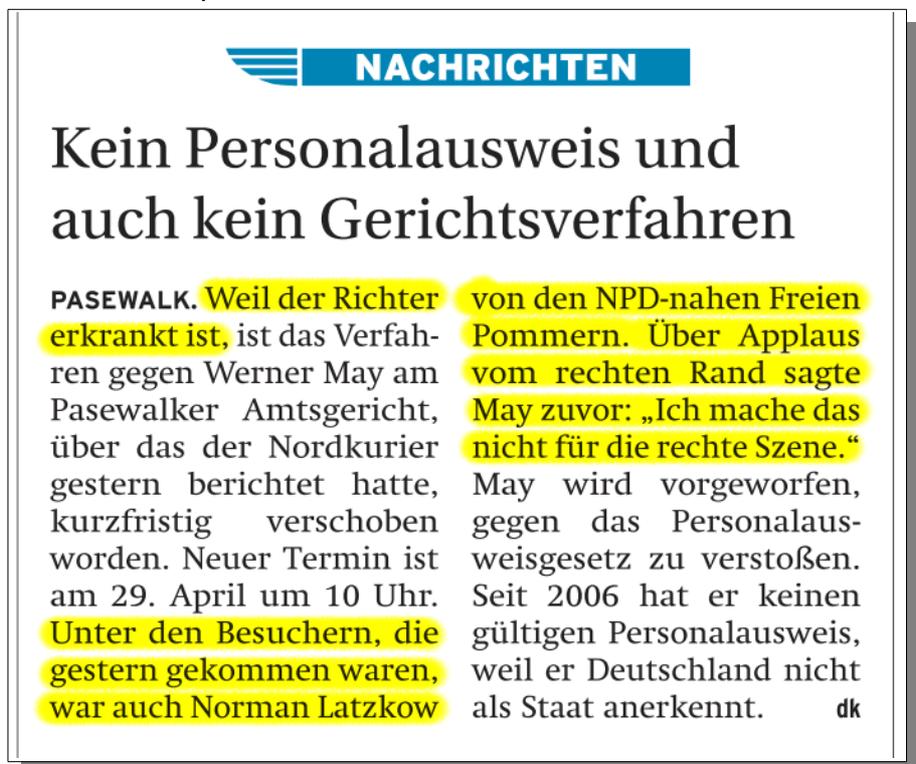
### **Artikel 5 Grundgesetz**

(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen **ungehindert zu unterrichten.**

Demnach muss er sich zu diesem Zeitpunkt im Gebäude befunden haben, um dort die Aufgabe eines Blockwartes zu übernehmen. In dieser Funktion hatte er offensichtlich keine Zeit zu überprüfen, an welcher kurzfristigen und schnell heilenden Krankheit der zuständige Richter gelitten hat. Statt dessen kontrollierte er, wer welche Gerichtsverhandlung besucht, welcher Partei derjenige angehört oder ob der Besucher in der Nähe einer Partei steht. Als Beschuldigter in dem Verfahren hätte ich gerne der Zeitung entnommen welcher Partei der Richter angehört oder ob auch er einer Partei nahe steht.

### **Artikel 3 Grundgesetz**

(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.



The image shows a newspaper clipping with a blue header containing the word 'NACHRICHTEN' next to a logo of three horizontal lines. The main headline reads 'Kein Personalausweis und auch kein Gerichtsverfahren'. The text below is a news report with several lines highlighted in yellow. The highlighted text includes: 'PASEWALK. Weil der Richter erkrankt ist, ist das Verfahren gegen Werner May am Pasewalker Amtsgericht, über das der Nordkurier gestern berichtet hatte, kurzfristig verschoben worden. Neuer Termin ist am 29. April um 10 Uhr. Unter den Besuchern, die gestern gekommen waren, war auch Norman Latzkow von den NPD-nahen Freien Pommern. Über Applaus vom rechten Rand sagte May zuvor: „Ich mache das nicht für die rechte Szene.“ May wird vorgeworfen, gegen das Personalausweisgesetz zu verstoßen. Seit 2006 hat er keinen gültigen Personalausweis, weil er Deutschland nicht als Staat anerkennt. dk

Ach nein, eigentlich hat das in einer unabhängigen Zeitung, die fest auf dem Boden des Grundgesetzes steht, nichts zu suchen, denn nach Artikel 3 des GG darf ja niemand wegen seiner politischen Ansichten bevorzugt oder benachteiligt werden.

### Artikel 3 Grundgesetz

(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, **seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden**. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

In dem Artikel wird behauptet der Besucher vom rechten Rand habe Applaus bekundet und ich hätte gesagt: „Ich mache das nicht für die rechte Szene.“

Wo beginnt eigentlich der rechte Rand und wo endet die linke Mitte?

### Artikel 2 Grundgesetz

(1) Jeder hat das Recht auf die **freie Entfaltung seiner Persönlichkeit**, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.

Nach den Spielregeln dieses Landes bin ich gesetzlich verpflichtet Straftaten anzuzeigen bzw Straftaten zu verhindern. Die Ausgabe und die Nutzung ungültiger Personalausweise sind Straftaten. Das hatte ich dem Amt Ucker-Randow-Tal pflichtgemäß mitgeteilt.

Wenn ich dafür nur vom rechten Tellerrand Beifall bekomme, ist das beschämend für den Rest des Tellers. Die Spielregeln, also Grundrechte und Gesetze, sind für **alle Menschen auf dem Teller gleich**, unabhängig davon ob sie sich in der Mitte oder am Rand befinden.

Wenn es einen Rechtsstaat gäbe, wäre dieser Fall ein Fall für die Staatsanwaltschaft, denn mir wurde mein gesetzlicher Richter offensichtlich mit einer unverschämten Lüge entzogen. Dass meine Grundrechte und die Grundrechte der Besucher vom Gericht und dem Nordkurier mit Füßen getreten werden ist offensichtlich. Im Grunde genommen handelt es sich bei einer derartigen Berichterstattung um Volksverhetzung.

### Artikel 1 Grundgesetz

(1) **Die Würde des Menschen ist unantastbar**. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

Nun kann man meinen, der Redakteur des Nordkurier habe nur vermutet, dass der Richter krank geworden sei. Nein, der amtsgerichtliche Befund, der mir per gelber Zustellung am 22.3.2016 mitgeteilt wurde, lautet: „**Grund: Erkrankung des Richters**“.

Ihr Zeichen	Bitte bei Antwort angeben Akten- / Geschäftszeichen <b>721 Js 5077/15</b> 310 OWi 2/15	Datum 21.03.2016
In dem Bußgeldverfahren <b>Werner May</b> wegen Verstoß gegen das Personalausweisgesetz		
<b>Ladung</b> Sehr geehrter Herr May, der Termin zur Hauptverhandlung vom <b>Montag, den 21.03.2016, 11:30 Uhr, Grünstraße 61, Sitzungssaal III / 1. OG (Altbau).</b> wird <b>aufgehoben</b> . <b>Grund: Erkrankung des Richters</b>		
Sie brauchen daher an diesem Tag nicht zu erscheinen.		

Mit freundlichen Grüßen

  
 Krüger, Justiz**angestellte**  
 als Urkunds**beamtin** der Geschäftsstelle

Unterschrieben hat das die **Angestellte** Krüger, die sich dieses Mal als Urkunds**beamtin** ausgibt oder sich so ausgeben läßt.

Es genügt ein gesunder Menschenverstand und eine gewisse Sachkenntnis um zu erkennen, dass eine Angestellte keine Beamtin sein kann.

Definition von Angestellter:

**Angestellter** ist der vorwiegend geistige Arbeit leistende → Arbeitnehmer. Er ist ... A. des öffentlichen → Diensts, wenn er bei einer juristischen Person des öffentlichen Diensts beschäftigt ist (1999 rund 3 Millionen)...

Definition von Beamter:

**Beamter** (vgl. §§ 1ff. BRRG, BBG) (beamtenrechtlicher Beamter) ist, wer unter Aushändigung einer - die Worte unter Berufung in das Beamtenverhältnis enthaltenden - → **Urkunde** bei einer juristischen → Person des öffentlichen → Rechts **in das Beamtenverhältnis als ein öffentlich-rechtliches Dienst- und Treueverhältnis berufen worden ist**. Der Beamte kann auf Probe, auf Widerruf, auf Zeit oder auf Lebenszeit berufen werden. **Er erhält → Dienstbezüge und Fürsorge**.

Er muss Dienste und Treue leisten. Für ihn gilt das Beamtenrecht.

Schleicht er sich ohne Qualifikation in das Beamtenverhältnis ein, liegt Anstellungsbetrug vor.

Mit anderen Worten: Die zwangsweise Ladung zu den Verhandlungen und die amtliche Lüge der Krankheit wurde von einer Frau geschickt, die sich als Beamtin ausgibt, obwohl sie keine Beamtin ist. In der Geschäftsstelle des Amtsgerichts nimmt man es offensichtlich mit den gesetzlichen Bestimmungen nicht so genau.

**Urkundsbeamter** (§ 153 GVG) ist der → **Beamte des mittleren oder gehobenen → Diensts**, der nach gesetzlich besonders geregelter Ausbildung an der → Geschäftsstelle eines → Gerichts tätig wird (z. B. → Beurkundung, Protokollführung, Aktenführung).

Die Definitionen sind eindeutig und das Wort „Urkunds**beamter**“ in Gesetzestexten ist unmissverständlich. Es handelt sich weder um Urkunds**personen** noch um Urkunds**angestellte**. Derartige „amtliche“ Ladungen müssen, genauso wie „Abschriften“ und „Ausfertigungen“ von Gerichtsurteilen von einer Beamtin beglaubigt sein und nicht von einer Angestellten.

Wie schrieb Redakteur Kleindienst:

„Wenn er (gemeint bin ich) ein amtliches Schreiben erhält, das von einer Amtsmitarbeiterin unterzeichnet ist, unterstellt er ihr Amtsanmaßung. Für ihn ist das ganz logisch. Für jemand anderen klingt das ziemlich verworren.“

Für mich ist es verworren, wenn sich eine Angestellte ungestraft als **Beamtin** ausgibt. Damit begeht sie eine **Amtsanmaßung** im Geschäftszimmer eines Amts-Gerichts. Mit dem Schreiben wird eine rechtskräftige amtliche Urkunde vorgetäuscht. Tatsächlich ist die Ladung formfehlerhaft und

ungültig. Es handelt sich demnach um eine Täuschung im Rechtsverkehr. Damit haben wir es bereits mit 2 Straftaten zu tun. Sie werden nicht geahndet weil die Grundprinzipien eines Rechtsstaates nicht eingehalten werden, nämlich die gegenseitige Kontrolle der 3 Staatsgewalten.

Nimmt man die obersten Spielregeln der Gemeinschaft als Maßstab, dann sind die wahren Feinde der (angeblichen) „Verfassung“ und damit der Bürger der **Gesetzgeber** selbst, der grundgesetzwidrige Gesetze schafft. Grundgesetzwidrige Gesetze schränken die Grundrechte der Bürger ein.

Es folgen die **Richter**, die grundgesetzwidrige Gesetze zu RECHT erklären und anwenden.

Danach kommen die **Beamten und Angestellten der Verwaltung**, die unkritisch grundgesetzwidrige Gesetze gegen den den Bürger (Souverän) anwenden und ihn „im Auftrag“ meist ungenannter Auftraggeber entrechteten.

Danach kommen die **Schreiberlinge** in den Redaktionsstuben und die **Wortführer** in den Medien, die die grundgesetzwidrigen und oftmals kriminellen Handlungen als RECHT in die Öffentlichkeit tragen und den Gesetzgeber, die Richterschaft, die Schein-Beamten und Verwaltungsangestellten ganz selbstverständlich als „Rechtsstaatlich“ bezeichnen.

Was war an meinem Fall rechtsstaatlich? Vom Zwang mich mit dem Personalausweis zum Bediensteten einer unbekanntes Einrichtung zu bekennen, über eine ungültige aber strafbewehrte Ladung zu einer Gerichtsverhandlung, über eine Vorverurteilung in der Presse bis hin zu einem Richter der für die Dauer meiner Verhandlung erkrankte war alles Lug und Betrug.

Ob es sich dabei um eine Verschwörung gegen den normalen aber kritischen Bürger handelt will ich nicht beurteilen.

Fakt ist: Ich habe das so erlebt wie ich es hier aufzeige. Es war und ist menschenunwürdige kriminelle Realität von „Staatsorganen“ die dem Bürger dienen sollten.

Nun bin ich gespannt ob der Nordkurier oder andere Medien über diesen Skandal berichten. Die Überschrift könnte z.B. lauten: „Richter erkrankt für eine Verhandlung“ oder „Arbeitet der Redakteur für den Verfassungsschutz?“ oder „Wo bleibt die Würde des Menschen?“ (Na, das ist vielleicht doch zu anspruchsvoll)

Wer möchte kann diesen Fall gerne weiterleiten.

Das Manuskript ist auf meiner Seite [www.widerstand-ist-recht.de](http://www.widerstand-ist-recht.de).

Ich informiere schon mal die Politsendungen

Kontraste, Frontal 21, Monitor, Fakt, Report Mainz, Report München und Panorama auch wenn ich nicht glaube dass sich jemand der verworrenen Ansichten eines Verschwörungstheretikers annehmen wird.

Meine Filme bei youtube: <https://www.youtube.com/channel/UCBMSkhnAPtL1hhYfJgrWZqg>

Die Manuskripte dazu sind auf meiner Web-Seite: [www.widerstand-ist-recht.de](http://www.widerstand-ist-recht.de)

